

Ein einpoliger Textblock ober dem Raum 25 Nr. 1. Anzeigenpreis 80 Pf. Kollektionsanzeigen 100 Pf. ...

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Viefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Viefinger in Neuenbürg.

Das Kabinett von Papen vollständig

Ohne Oberbürgermeister Dr. Girdeler

Berlin, 2. Juni. Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Vizepräsidenten...

Die Vereidigung

Berlin, 2. Juni. Um 17.30 Uhr fand in Gegenwart des Reichspräsidenten, wie vorgesehen, die Vereidigung des Kabinetts von Papen statt.

Über die Kabinettsbildung selbst hören wir noch, daß in ihr vor allem die Frage der Reichsaufhebung erörtert worden ist.

Es handelt sich nur darum, in welcher Form dieser Schritt vollzogen werden soll. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß man das Plenum des Reichstages nicht erst noch bemühen wird.

Wie der „Totalanzeiger“ berichtet, werden sämtliche Mitglieder des Kabinetts, die der deutschnationalen Volkspartei angehören, aus der Partei ausgetreten.

Übergabe der Dienstgeschäfte

Berlin, 2. Juni. Am persönlichen Auftrage des seit einigen Tagen infolge leichter Erkrankung aus Zeit gestellten bisherigen Reichskanzlers Dr. Brüning übergab Staatssekretär Dr. Bänder heute abend vor sämtlichen Angehörigen der Reichskanzlei die Dienstgeschäfte an den neuen Reichskanzler von Papen.

Reichskanzler von Papen dankte allen Anwesenden, insbesondere Staatssekretär Dr. Bänder, mit warmen Worten für die der Reichsregierung geleisteten langjährigen wertvollen Dienste.

Der neue Reichskanzler vor der deutschen Presse

Berlin, 2. Juni. Reichskanzler von Papen empfing heute abend im Kongresssaal der Reichskanzlei Vertreter der deutschen Presse. Er betonte einleitend, daß es ihm mit besonderer Genugtuung ergehe, den persönlichen Kontakt mit der deutschen Presse schon heute aufnehmen zu können.

von Papen fort, darüber brauche ich zu Ihnen nicht lange zu sprechen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Lasten und die Opfer, die in dieser Zeit von Deutschland gefordert werden, dadurch tragbar zu machen, daß man die feilsche Forderung findet, die allein sie zu tragen ermöglicht.

Der Kanzler fuhr fort: Ich spreche zu Ihnen, meine Herren, nicht als Fremder. Wenn ich auch selbst nicht Journalist gewesen bin, so habe ich doch immer ein lebhaftes Interesse für die Presse gehabt.

Hindenburgs Dank an Dr. Brüning

Berlin, 2. Juni. Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Brüning das nachstehende Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihrem Auftrage zur Entbindung von Ihren Ämtern als Reichskanzler und als Reichsminister des Auswärtigen habe ich mit dem anliegenden Erlaß entsprochen.

Ich empfinde es schmerzhaft, mich von Ihnen trennen zu müssen, nachdem ich während der zwei Jahre unserer Zusammenarbeit so vielfach Gelegenheit hatte, Ihren lauterem Charakter, Ihre umfangreichen Kenntnisse und Ihre selbstlose Eingabe an die übernommenen Pflichten kennen und hochschätzen zu lernen.

Mit meinen besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und mit freundlichen Grüßen verbleibe ich stets Ihr ergebener

Auch den übrigen aus dem Amte scheidenden Mitgliedern der Reichsregierung hat der Reichspräsident in herzlichem Schreiben seinen Dank für ihre in schwerer Zeit dem Vaterland geleistete Hilfe ausgesprochen.

Sicherung der deutschen Währung

Berlin, 2. Juni. Der Reichskanzler empfing heute Nachmittag den Reichsbankpräsidenten zu einer eingehenden Aussprache. Dabei wurden sämtliche Probleme behandelt, die für die Reichsbank obliegenden Aufgaben von Bedeutung sind.

Notruf des Städtetags an die neue Reichsregierung

Berlin, 2. Juni. Der Deutsche Städtetag teilt mit: Die jetzt zurückgetretene Reichsregierung hatte die Absicht, im Rahmen der vorgezeichneten Reihenfolge die überaus dringlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gemeinden und Gemeinverbände von dem Druck der Erwerbslosenzulasten durchzuführen.

Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages, der am 2. Juni in Berlin veranlagt war, hat sich in erster Sorge mit dieser ganz unumgänglichen Sachlage beschäftigt und einstimmig beschlossen, an die neue Reichsregierung das dringende Verlangen zu richten, die unterbrochene Aktion sofort wieder aufzunehmen und auf der damals beschlossenen Grundlage baldigt durchzuführen.

„Die Brücke zum dritten Reich“

München, 2. Juni. Die Regierung von Papen-Schleicher begegnet in Bayern der erwarteten Ablehnung. Der „Bayerische Kurier“ spricht von einer „Brücke zum dritten Reich“, mit der Hitler die Möglichkeit geboten werde, die ausschließlich Herrschaft der Nationalsozialisten vorzubereiten und die angeblich legal erworbene Macht ohne jede Rücksicht auf Legalität zu gebrauchen.

Dieses Kabinett soll den heißen Wunsch der Nationalsozialisten nach Reichsaufhebung und Neuwahlen erfüllen und gleichzeitig den Nationalsozialisten jegliche Verantwortung für Regierungstaten bis zu den Neuwahlen abnehmen. Die angebliche Tolerierung durch die Nationalsozialisten besteht demnach darin, daß sich die neue Regierung zum Vollstrecker der Taktik der Nationalsozialisten machen darf, ohne irgendwelche praktischen Gegenleistungen dafür zu erhalten.

Die Regierung Papen trägt damit von vornherein das Signum des Feilschlags. Es ist recht und billig, daß diejenige, die eine leistungsfähige Regierungstätigkeit geübt haben, nun auch die Verantwortung für die Folgen übernehmen. Bei der sachlichen Einstellung zu den politischen Gegebenheiten, die auch eine mit der allgrößten Skepsis empfangene Regierung jeweils nur nach ihren Taten beurteilen will, kann es niemand zugemutet werden, sich in irgendeiner Form aktiv an einem Unternehmen der politischen Verlogenheit zu beteiligen, nur zu dem Zweck, den Verantwortlichen dieses Experiments die Verantwortlichkeit abzunehmen.

NSDAP. und Kabinettsbildung

München, 2. Juni. Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz teilt mit: Allen bisherigen Meldungen über den Inhalt der Unterredung mit dem Reichspräsidenten, die angeblich von nationalsozialistischer Seite kommen sollen, steht die NSDAP. fern. Ihre grundsätzliche Auffassung über die Lage nach dem Sturz des Kabinetts Brüning ist bekannt und in der nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz dahingehend zum Ausdruck gebracht worden, daß ein Kabinett des besonderen Vertrauens vorerst die Aufgabe zu lösen habe, den Reichstag nach Danke zu schließen, Neuwahlen auszuscheiden und die Organisationspropaganda- und Demonstrationsfreiheit für die nationalsozialistische Bewegung wieder herzustellen.

Die Veröffentlichung der Stellungnahme der Partei zum neuen Kabinett und seinen Maßnahmen wird zur gegebenen Zeit erfolgen.

Der „Völkische Beobachter“ erklärt, das peinlichste an der neuen Regierung, die wohlverstanden keine nationalsozialistische Regierung darstelle, sei zweifellos die Tatsache, daß ein Zentrumsmann den Posten eines Reichskanzlers nach Dr. Brüning übernommen habe.

Am Schluß eines längeren Artikels des preussischen Landtagsabgeordneten Kube im gleichen Blatt heißt es: In der Hand des Reichspräsidenten von Hindenburg liegt es, dem Wunsch der Nation Rechnung zu tragen, daß das dritte Reich an die Stelle des Parteienstaats vom 9. November 1918 tritt.

Die Haltung des Christlich-Sozialen Volksdienstes

Berlin, 2. Juni. Die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes trat am Donnerstag im Reichstag zur Beratung der politischen Lage zusammen und nahm, wie das Nachrichtenbüro des V.D.V. hört, nach mehrstündiger Aussprache in folgender Entscheidung zur Lage Stellung:

Die gegenwärtige Krise ist durch Kräfte herbeigeführt worden, in deren Spiel die Leffentlichkeit noch keinen vollen Einblick hat. Der Volksdienst lehnt jede Mitverantwortung für die gefährlichen Folgen ab, die sich hieraus in außen- und innenpolitischer Beziehung wahrscheinlich ergeben werden. Der Volksdienst hält die Herstellung einer klaren verantwortungsmäßigen Verantwortlichkeit für die weitere politische Entwicklung für unerlässlich. Diese Forderung kann nur durch formale Eingliederung der Nationalsozialisten in die Verantwortung erfüllt werden. Der Volksdienst wird aber selbstverständlich auch diese Regierung nicht von vornherein an ihrer Arbeit zu hindern suchen, wenn auch die Bezeichnung als „Regierung der nationalen Konzentration“ sachlich unbegründet ist.





